



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

20. Jahrgang, Nummer 04 / 2023

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

während sich trotz weihnachtlicher Hektik hier und da doch eine gewisse Weihnachtsruhe ausbreitet, erreichte uns die Nachricht, dass am 4.1.24 die Auslegung zur Änderung der Brennelementefabrik in Lingen starten soll (2 Monate mit Einspruchsmöglichkeit für Privatpersonen und Initiativen / Verbände). Geplant ist der Bau von Brennelementen für osteuropäische AKW. Das muss verhindert werden! Der BBU unterstützt die Proteste der örtlichen Gruppen und ruft dazu auf, möglichst viele Einsprüche beim Umweltministerium Niedersachsens einzureichen. Mehr dazu unter

<https://umweltfairaendern.de/category/verbraucherschutz> und <https://atomstadt-lingen.de>.

Fragen zum Verfahren können auch an den BBU gerichtet werden. Und dann findet am 20.1.24 in Lingen eine Demonstration gegen die Brennelementefabrik statt – zeitgleich mit der Demo in Berlin (Wir haben es satt). Der BBU unterstützt beide Aktionen und ruft besonders in Niedersachsen dazu auf, beide Demonstrationen bestmöglich zu unterstützen.

Einige weitere wichtige Termine im Januar:

01. Januar, Neujahrsempfang bei den Atomanlagen in Gorleben

07. Januar, Neujahrsspaziergang an der Gronauer Urananreicherungsanlage

14. Januar, Demonstration in Ahaus gegen drohende Castor-Atomülltransporte von Jülich nach Ahaus

Weitere Einzelheiten dazu unter

<https://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

Die Arbeit der Umweltschutz-Bürgerinitiativen ist und bleibt auch 2024 extrem wichtig. Und wichtig ist da auch das Engagement des BBU als Dachverband. Daher die wichtige Bitte: Unterstützt unsere Arbeit mit kleinen oder großen Spenden und werbt neue BBU-Mitglieder (Initiativen, Privatpersonen), damit der BBU einen starken Rückhalt hat und sich weiterhin konsequent für einen echten Atomausstieg und für eine gesunde und lebenswerte Zukunft engagieren kann.

BBU-Spendenkonto:

Sparkasse Köln/Bonn, IBAN: DE62 3705 0198 0019 0026 66, SWIFT-BIC: COLSDE33

Stichwort: Weihnachten 2023

Der BBU-Vorstand, die Geschäftsführung und die Newsletter-Redaktion wünschen Euch und Euren Familien trotz Krisen und Kriegen schöne und auch fröhliche Weihnachtstage sowie einen guten Rutsch in ein neues, hoffnungsfrohes Jahr 2024.

+++++ +++++ +++++

Aktuelle Informationen des BBU ...

... findet man immer unter

<https://www.facebook.com/BBU72> sowie unter <https://bbu-online.de/Presse.htm>.

Und bei konkreten Fragen oder Aktions-Vorschlägen einfach eine E-Mail an den BBU senden:

BBU-Bonn@t-online.de. Termine: <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

Am **24. Februar 2024** findet die nächste **BBU-Mitgliederversammlung** statt. Alle BBU-Mitglieder müssten dazu in diesen Tagen eine schriftliche Einladung bekommen haben. Bitte in der BBU-Geschäftsstelle melden, wer die Einladung ggf. nicht erhalten hat. (Bitte teilt uns immer zeitnah Adressänderungen, neue Mailadressen, Vorstandswechsel eurer Initiativen etc. mit).



Artenschutz

Große Kreuzkrötenpopulation in Herne in Gefahr

In der Stadt Herne gibt es eine ca. 30 ha große Industriebrache einer ehemaligen Zeche und Kokerei. Die industrielle Nutzung wurde schon vor über 10 Jahren eingestellt und alle Gebäude rückgebaut. Das Areal dümpelte nun im Dornröschenschlaf und die Natur hat die Fläche erobert. Vielfältige Flora und



Fauna hat sich entwickelt. Viele selten gewordene Insekten waren nun heimisch, am erfreulichsten aber ist für die örtlichen Naturschutzverbände, die vorhandene große Kreuzkrötenpopulation.

Nun will die Stadt eine neue Nutzung des Geländes. Geplant ist eine wissenschaftliche Einrichtung mit mehreren tausend Arbeitsplätzen. Um dieses zu verwirklichen muss das Areal, welches eine große Bodenbelastung aufweist, aufwendig saniert werden. Damit hat der derzeitige Besitzer des Grundstückes (die RAG) nun begonnen.

Die geschützten Kreuzkröten werden zurzeit mit Unterstützung der Herner Naturschutzverbände abgesammelt und für den Zeitraum der Sanierung in

ein Ersatzhabitat, welches auf dem Gelände in einem bereits sanierten Teil angelegt wurde, wieder ausgesetzt.

Es wurden fast 400 Adulte Tiere und ca. 2000 Jungtiere gesammelt, was bedeutet, dass es sich mit um eine der größten Population in NRW handelt.

Wenn die Tiere nach der Sanierung wieder auf das Areal dürfen, würden sie eine Fläche von fast 16 ha benötigen um dort weiter zu existieren. Das scheint der Stadt als Erwerber der Fläche dann doch wohl zu viel. Deshalb sucht sie vehement Flächen zur Umsiedlung, was aber in der Vergangenheit selten funktioniert hat, denn wenn es ein geeignetes Gelände ist, wären dort schon die Kröten und falls nicht, scheint es für eine Ansiedlung ungeeignet.

Herne ist die Stadt mit dem geringsten Freiraum Anteil in Deutschland, die Stadtkerne sind hochversiegelt mit großen Hitzeinseln. So ein großes Areal, naturbelassen und unbebaut, würde zu einer Durchlüftung der Innenstadt führen. Experten haben bestätigt, wenn das Gelände nach der Sanierung wieder zur Ruhe kommt, würde sich die Biodiversität der Vergangenheit nach 4-5 Jahren wieder einstellen. Viele Insekten, Vögel und Amphibien hätten in Herne wieder einen Platz.

Es ist wichtig endlich zu erkennen, dass der Erhalt von natürlichen Lebensräumen nicht nur ökologisch, sondern auch sozial und ökonomisch wertvoll ist. Die positive Wirkung auf die Biodiversität und die Lebensqualität in der Stadt Herne sollte in langfristigen Stadtentwicklungsplänen berücksichtigt werden. Es muss dringend eine veränderte Raumplanung her, die sowohl die Entwicklung der Stadt als auch den Schutz der Umwelt berücksichtigt. Dies erfordert eine sorgfältige Planung und Koordination aller beteiligten Parteien, um die besten Ergebnisse für Natur und Gemeinschaft zu erzielen.

Text: Gerd Kalus. Die Bürgerinitiative Stadtwald Herne sucht Unterstützung zur Rettung der betroffenen Natur. Weitere Informationen und Kontakt: <https://stadtwald-herne.de/2020/06/23/der-neue-flyer-von-nabu-bund-und-stadtwald>, vorsitzender@nabu-herne.de.

Atomenergie

Protest: Erster Sonderzug seit drei Jahren und drei LKW mit Uranhexafluorid erreichten heute (8.11.23) die Gronauer Uranfabrik

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau protestieren auf das Schärfste gegen mehrere Urantransporte, die heute (Mittwoch, 8.11.23) die bundesweit einzige Urananreicherungsanlage in Gronau erreicht haben.

Erstmals seit rund drei Jahren erreichte gegen 11 Uhr ein Sonderzug mit 16 Waggons mit Uranhexafluorid die Urananreicherungsanlage. Auf der Straßenbrücke vor der Urananreicherungsanlage befanden sich ca. 50 Polizistinnen und Polizisten der Bundespolizei mit ihren Fahrzeugen. Nach dem Abzug der Polizei erreichten noch drei niederländische LKW mit je einem Uranhexafluorid-Container die Urananreicherungsanlage. Sie kamen vermutlich aus den Niederlanden über die B 54 nach Gronau und hatten keinerlei Begleitschutz.

Der BBU, das Aktionsbündnis Münsterland und der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau vermuten, dass es bei dem Sonderzug mit Uranhexafluorid einen organisatorischen Zusammenhang mit dem Probe-Castor-Transport nach Ahaus gibt, der in der Nacht vom 7. auf den 8. November von Jülich nach Ahaus durchgeführt wurde.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 8.11.2023. Vollständiger Text: <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202023/08.11.23.pdf>

BBU gegen alte und neue Atomanlagen in den Niederlanden

Anlässlich der Parlamentswahl in den Niederlanden (22.11.2023) hat sich der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) gegen den Neubau von Atomkraftwerken im Nachbarland ausgesprochen. Im Gespräch ist der Bau von zwei Reaktoren in der Provinz Zeeland; dort befindet sich bereits das Jahrzehnte alte Atomkraftwerk Borssele. Das AKW Borssele ist das einzige niederländische, kommerzielle Atomkraftwerk, das derzeit noch am Netz ist. Der BBU weist auch auf die ungelöste Atommüll-Entsorgung in den Niederlanden hin und fordert die Stilllegung des Atomkraftwerks. Zudem engagiert sich der BBU für die Stilllegung der niederländischen Urananreicherungsanlage in Almelo (Provinz Overijssel).

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 21.11.2023. Vollständiger Text:

<https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202023/21.11.23.pdf>

NRW-NDS-NL: Nach AKW-Stilllegung weiterhin Nukleargefahren im Grenzgebiet!

In einer aktuellen Pressemitteilung hat der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau gefordert, dass der Weiterbetrieb der Urananreicherungsanlage in Gronau und der Brennelementefabrik in Lingen gestoppt werden muss. „Nach der Stilllegung des AKW Lingen 2 im April ist es unerträglich, dass jetzt am Jahresende noch immer in Gronau und Lingen Uran-Fabriken am Netz sind, in denen Uran und Brennstäbe für den Einsatz in internationalen Atomkraftwerken vorbereitet werden“, kritisiert der AKU Gronau.

Wie immer am ersten Sonntag im Monat haben sich am Sonntag AtomkraftgegnerInnen aus Gronau und der Umgebung an der Urananreicherungsanlage zum Sonntagsspaziergang getroffen. Mit der Aktion wird monatlich der Forderung nach der Stilllegung der Gronauer Urananreicherungsanlage Nachdruck verliehen. Versüßt wurde die Aktion bei Temperaturen um den Gefrierpunkt mit Schokoladen-Nikoläusen und Schokoladen-Schneemännern.

Nächster Termin an der Urananreicherungsanlage ist der **Neujahrs-Spaziergang am 7. Januar 2024**.

Die Aktivitäten der Anti-Atomkraft-Initiativen im Grenzgebiet richten sich auch weiterhin gegen die Urananreicherungsanlage in Almelo (NL), sowie gegen die Uran-Brennelementefabrik in Lingen. Dort jährt sich am 6. Dezember zum fünften Mal der Brand, der am Nikolaustag 2018 weite Teile der Bevölkerung aufgeschreckt hatte. Der AKU Gronau betont: „Die Uranfabriken und Urantransporte im Grenzgebiet werden auch 2024 immer wieder auf der politischen Tagesordnung stehen. Bereits jetzt wird für den **20. Januar** eine weitere **Demonstration gegen die Brennelementefabrik in Lingen** vorbereitet.“

Pressemitteilung des AKU Gronau vom 04.12.2023

Gefahren und Atommüll: AKW-Pläne stoßen auf umfassende Ablehnung

Die Überlegungen von rund 20 Staaten zum Neubau von Atomkraftwerken stoßen beim Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) auf umfassende Ablehnung. Der Verband, der sich seit Jahrzehnten gegen jegliche Nutzung der Atomenergie einsetzt, verweist auf die grundlegenden Gefahren, die mit der Nutzung von Atomkraftwerken und Uranfabriken verbunden sind. Und weiterhin kritisiert der Verband, dass es ein weltweites Atommüll-Problem gibt. „Zum Schutz der Bevölkerung müssen die internationalen Atomkraftwerke stillgelegt werden. Die Pläne zum Bau neuer AKW und damit verbunden die Produktion von noch mehr Atommüll sind nicht hinnehmbar“, so der BBU.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 04.12.2023. Vollständiger Text:

<https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202023/04.12.23.pdf>

5 Jahre nach dem Brand: Auch der BBU fordert die Stilllegung der Uranfabrik in Lingen

Genau fünf Jahre nach dem Brand in der umstrittenen Brennelementefabrik in Lingen fordert der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die sofortige Stilllegung der Anlage. Der Brand hatte sich am Nikolaustag 2018 ereignet und löste eine anhaltende Protestwelle aus.

Der BBU kritisiert, dass in Lingen nach der Stilllegung des dortigen AKW Lingen 2 jetzt in Lingen noch immer Uran für den Einsatz in internationalen Atomkraftwerken vorbereitet wird. „Die niedersächsische Landesregierung darf den Export der Uran-Brennelemente von Lingen in alle Welt nicht länger hinnehmen. Der zuständige niedersächsische Umweltminister Christian Meyer muss endlich mit der Bundesumweltministerin Steffi Lemke (beide Grüne) einen Stilllegungsfahrplan für die Brennelementefabrik auf den (Gaben)Tisch legen“, fordert BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 06.12.2023. Vollständiger Text:

<https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202023/06.12.23.pdf>

Würgassen-Entscheidung als Vorbild Nun auch bei Westcastoren endlich die Reißleine ziehen - Nächste **Demo am 14. Januar in Ahaus**

Die Anti-Atomkraft-Initiativen von Ahaus bis Jülich begrüßen die Entscheidung der Bundesumweltministerin Steffi Lemke, die Planungen für das Bereitstellungslager für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll in Würgassen aufzugeben.

Kerstin Ciesla vom BUND NRW erklärt dazu: „Es ist ein großer Erfolg, dass die Fehlplanung endlich beendet wird und viele potentielle Atommülltransporte an einen ungeeigneten Standort entfallen. Nun sollte Steffi

Lemke auch endlich bei den unsinnigen Castortransporten von Jülich nach Ahaus und beim ungeeigneten Schacht Konrad die Reißleine ziehen!“

Auch wenn in der Begründung der Bundesumweltministerin in Würzburg die Kosten im Vordergrund standen, wurde deutlich, dass auch Fragen bezüglich Sicherheit, Recht und Verkehr und somit die kritischen Einwände und Hinweise der örtlichen und regionalen Anti-Atomkraft-Initiativen eine Rolle gespielt haben.

„Hier sind deutliche Parallelen zu den anvisierten Castortransporten von Jülich nach Ahaus zu sehen. Die Castortransporte nach Ahaus sind keine langfristige Lösung! Bereits 2032 haben die ersten Castorbehälter die genehmigten 40 Jahre Lagerdauer erreicht und 2036 läuft die Genehmigung des Ahauser Zwischenlagers aus. Damit gehen langwierige Planungen von vorne los. Auch die Sicherheit des Ahauser Zwischenlagers ist zweifelhaft, dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik entspricht die 1990 fertig gestellte Halle nach unserer Ansicht nicht mehr.“ kritisiert Jens Dütting vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 13.12.2023. HerausgeberInnen: Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ Jülich, Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ e.V., Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, BUND NRW e.V., SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster; Quelle und weitere Informationen: <https://www.bi-ahaus.de>

SAVE

DEM 
GEGEN ATOMMÜLLVERSCHIEBUNG
VON JÜLICH NACH AHAUS

14.01.2024
14:00 UHR
AHAUS RATHAUS

THE

Weitere Infos folgen!

DATE

MIT
TRECKER-KORSO
&
LIVE-MUSIK

Bürgerinitiative "Kein Atommüll nach Ahaus e.V." www.bi-ahaus.de

BBU: Endlager Konrad ungeeignet / AKW-Kosten in GB explodieren Weitere Proteste

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) bedauert, dass das Land Niedersachsen an der Planung des umstrittenen Atommüll-Endlagers Schacht Konrad bei Salzgitter festhält.

Mit Blick auf das AKW-Neubauprojekt Hinkley Point C in Großbritannien spricht sich der BBU erneut generell gegen jegliche internationale AKW-Neubaupläne aus. Die Baukosten beim AKW Hinkley Point C laufen seit geraumer Zeit aus dem Ruder. Berichten zufolge stoppt die staatliche chinesische China General Nuclear Power Corp (CGN) ihre Finanzierungsbeiträge für das britische AKW Hinkley Point C. Diese neue Entwicklung bringt das französische Unternehmen EDF, das Mehrheitsaktionär von Hinkley Point C ist, in eine heikle Situation, deren Auswirkungen nicht absehbar sind.

Beim Stichwort der ungelösten Atommüll-Entsorgung verweist der BBU auch erneut auf die drohende gefährliche Atommüllverschiebung von Jülich nach Ahaus, die ggf. ab 2024 erfolgen soll. Gegen diese LKW-Transporte wird am **14. Januar** erneut in **Ahaus** demonstriert. Und wenige Tage später wird am **20. Januar** in **Lingen** für die sofortige Stilllegung der dortigen Brennelementefabrik demonstriert. In der Anlage kam es vor fünf Jahren am Nikolaustag zu einem Brand und trotz beschlossenen Atomausstieg gibt es bisher keinerlei Stilllegungsplan für diese Anlage. Ähnlich sieht es bei der Urananreicherungsanlage in **Gronau** aus, in der bisher unbefristet Uran für den Einsatz in internationalen Atomkraftwerken vorbereitet wird. Wie schon lange immer am ersten Sonntag im Monat treffen sich dort am **7. Januar** Mitglieder verschiedener Anti-Atomkraft-Initiativen zum (Neujahrs-)Sonntagsspaziergang. **Und bei den Atommüllanlagen in Gorleben trifft man sich bereits am 1. Januar zum Neujahrsempfang.**

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 19.12.2023. Vollständiger Text: <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202023/19.12.23.pdf>

20.1.2024: Kundgebung in Lingen!

Der französische Brennelementehersteller Framatome rüstet in Lingen auf, mit dankbar angenommener Unterstützung aus dem Kreml: Zusammen mit dem staatlichen russischen Atomkonzern Rosatom will Frankreich in Lingen Brennelemente für osteuropäische AKW herstellen. Das bedeutet: russische Experten in hochsensiblen Atomanlagen in Deutschland, so wurde es bereits offiziell bestätigt. Die Brennelementefabrik hier in Lingen würde letztlich zu einer Außenstelle für die internationalen atompolitischen Ambitionen von Vladimir Putin. Das bedeutet auch: ein Vielfaches an Atomtransporten mit teuflischen Substanzen wie z.B. Uranhexafluorid über unsere Straßen. Und letztlich: neuer Atommüll für unsere Welt, made in Ausstiegsland Germany.

Anfang 2024 beginnt das Beteiligungsverfahren zum Ausbau der Brennelementefabrik. Dazu brauchen wir viele Leute und viel öffentlichen Protest.

Wir wollen öffentlich wirksam den Startpunkt des Verfahrens markieren, die Ausbaupläne von Framatome und Rosatom stoppen und dafür sorgen, dass der Laden endgültig stillgelegt wird.

Deshalb rufen wir für **Samstag, 20.1.2024** zu einer **Kundgebung in Lingen** auf! Start ist um 13 Uhr an der Brennelementefabrik – davor gibt es eine Raddemo vom Bahnhof in Lingen..

Wir sorgen vor Ort wie üblich für Euren Komfort, inklusive Shuttleservice vom/zum Bahnhof, Kaffee, Nuss-ecken zwischendurch, knallige Reden und bunten, lautstarken Protest.

Sprecht Euch untereinander ab und organisiert Fahrgemeinschaften und Frühbuchertickets.

Quelle: <https://atomstadt-lingen.de/2023/12/01/20-1-2024-kundgebung-in-lingen>

CCS / CO2-Speicherung

Informationen der Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V.

Der Oktober-Newsletter der „Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V.“ kann online unter <https://keinco2endlager.de/newsletter-oktober-2023> gelesen werden.

Fluglärm & Klimaschutz

Einführung einer nationalen Kerosinsteuer erster wichtiger Schritt zum Abbau klimaschädlicher Subventionen

Die Bundesvereinigung gegen Fluglärm (BVF) unterstützt den Vorschlag der Bundesregierung zur Einführung einer nationalen Kerosinsteuer. Dazu erklärt Carl Ahlgrimm, Präsident der Bundesvereinigung gegen Fluglärm: „Die Einführung einer nationalen Kerosinsteuer ist ein erster wichtiger Schritt zum Abbau klimaschädlicher Subventionen im Verkehrssektor. Die Mineralölsteuerbefreiung des besonders klimaschädlichen Luftverkehrs trägt zu einer Wettbewerbsverzerrung gegenüber Bahn und Bussen bei. Eine solche Kerosinsteuer schafft damit auch finanzielle Anreize zur Verlagerung von Inlandsflügen auf umweltfreundlichere Verkehrsträger. Die Kerosinsteuer muss dafür perspektivisch jedoch auf das gleiche Niveau wie die Mineralölsteuer auf Benzin und Diesel angehoben werden. Grundsätzlich sollten alle Steuervergünstigungen für den Luftverkehr möglichst auf europäischer Ebene abgeschafft werden. Doch das Veto-Recht einzelner EU-Staaten verhindert zur Zeit noch eine europaweite Lösung. Es ist daher konsequent, zunächst den inländischen Flugverkehr mit einer Kerosinsteuer zu belegen.“



Aus einer Pressemitteilung der Bundesvereinigung gegen Fluglärm vom 14.12.2023

Vollständiger Text: <https://www.fluglaerm.de/pressemitteilung/einfuehrung-einer-nationalen-kerosinsteuer-erster-wichtiger-schritt-zum-abbau-klimaschaedlicher-subventionen>

Gasbohrungen

Greenpeace zieht gegen Gasbohrungen in Molln vor Gericht

Der australische Konzern ADX hat von der Naturschutzbehörde Oberösterreich die Bewilligung erhalten, im oberösterreichischen Molln nach Gas zu bohren. Greenpeace wird diesen positiven Bescheid zusammen mit dem Rechtsanwalt Dr. Martin Fischer von Heger & Partner rechtlich anfechten. Während die Weltklimakonferenz in Dubai jetzt gerade fokussiert, weltweit aus fossilen Energien auszusteigen, werden im kompletten Widerspruch dazu in Österreich weitere klimaschädliche Gasbohrungen bewilligt. Alle bisherigen Appelle an den Konzern ADX sowie an die Regierung, diese Gasbohrungspläne fallen zu lassen, sind auf taube Ohren gestoßen. Nun beschreitet Greenpeace den Rechtsweg und wird diese Woche eine Bescheidbeschwerde einreichen.

Aus einer Pressemitteilung von Greenpeace Österreich vom 11.12.2023. Vollständiger Text:

<https://greenpeace.at/presse/greenpeace-zieht-gegen-gasbohrungen-in-molln-vor-gericht>

Gewässerschutz

1200 Ausgaben des BBU-WASSER-RUNDBRIEFS:

Seit über 40 Jahren aktuelle Nachrichten aus der Wasserwirtschaft mit Tiefgang

Seit Okt. 1981 erscheint der BBU-WASSER-RUNDBRIEF mit inzwischen über 1.200 Ausgaben. Der aquatische Informationsdienst der etwas anderen Art berichtet kontinuierlich über das aktuelle Geschehen in der Gewässerschutzpolitik und in der Wasserwirtschaft.

Interessierte können kostenfrei Ansichtsexemplare in der Printfassung oder in der digitalen pdf-Version via ak-wasser@gmx.de anfordern - oder postalisch: Ak Wasser im BBU, Grete-Borgmann-Str. 10, 79106 Freiburg. (Die BBU-Newsletter-Redaktion gratuliert dem Ak Wasser zu den mehr als 1200 Wasser-Rundbriefen).

Klimaschutz

Klimaschutz-Planer Schulungen

Der Klimaschutz-Planer ist das empfohlene Bilanzierungsinstrument für Kommunen in Deutschland. Das Tool bietet umfangreiche statistische Werte, Faktoren und Kennzahlen, die die Kommunen nach ihren Möglichkeiten weiter verfeinern können. Das Klima-Bündnis unterstützt interessierte Kommunen beim Einsatz und der Nutzung des Instruments und bietet 2024 eine Reihe von Schulungen an.

Quelle und ausführliche Informationen: <https://www.klimabuendnis.org/events/events/events-detail/klimaschutz-planer-schulungen.html>

Landwirtschaftspolitik

Aufruf zur Wir haben es satt!-Demo 2024 / Samstag, 20.1.24 | 12 Uhr | Willy-Brandt-Haus | Berlin

Gutes Essen braucht Zukunft - für eine gentechnikfreie, bäuerliche und umweltverträgliche Landwirtschaft!



Eine bäuerliche und ökologischere Landwirtschaft ist die richtige Antwort auf Klimakrise, Artensterben und Hunger in der Welt – nicht Gentechnik, Patente und Glyphosat!

Umweltzerstörung, Hunger und Klimakrise sind weltweit längst Realität. Zugleich trägt die Landwirtschaft Verantwortung für die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen, muss Emissionen senken, die Biodiversität erhalten und Böden und Wasser schützen. Eine ökologischere und bäuerliche Landwirtschaft ist die Basis für ein umweltverträgliches und krisenfestes Ernährungssystem, das alle Menschen sicher mit gesunden Lebensmitteln versorgen kann.

Doch lässt die Bundesregierung Bäuerinnen und Bauern in der Krise allein. Sie können nicht mehr Umwelt- und Tierschutz stemmen, solange diese weder vom Markt, noch von der Politik angemessen honoriert wird. Niedrige Erzeuger*innenpreise, ungerecht verteilte Agrarsubventionen der EU und Kürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit bringen Bäuerinnen und Bauern weltweit an ihre Schmerzgrenze – wirtschaftlich, aber auch körperlich und mental.

Die Ampel-Koalition ist gefordert, den klimagerechten Umbau der Tierhaltung endlich zu finanzieren. Für mehr Tier- und Klimaschutz und den Erhalt vieler Höfe.

Auszug aus dem Demoaufruf, der auch vom BBU unterstützt wird. Quelle und weitere Informationen:

<https://www.wir-haben-es-satt.de/informieren/aufruf>

Tonerschäden

Modelle von HP, Canon, Brother, Lexmark und Kyocera im Test

Farblaserdrucker-Test 2024: Sechs aktuelle Modelle im Test

Wir beantworteten die von Ingolf Leschke gestellten folgenden Fragen. Computer Bild hat nach nahezu 10 Jahren wieder Messungen vorgenommen, diesmal in einer eigenen Testkammer.

Erstauswunderlich: Die gemessenen Werte haben sich kaum verändert. Sie liegen noch immer im Milliardenbereich, sind noch immer extrem hoch. Also gilt weiterhin: Seien Sie vorsichtig. Schützen Sie sich vor den ultrafeinen Partikeln.

- Wie sind die nach wie vor hohen Feinstaubbelastungen durch Laserdrucker für Nutzer einzuschätzen?
- Welche Gesundheitsrisiken bergen Farblaserdrucker mit hohen Feinstaubbelastungen?
- Sind Ihnen Personen bekannt, die durch die hohe Feinstaubbelastung von Laserdruckern erkrankt sind?

Quelle und mehr zum Thema unter

<https://www.nano-control.org/computer-bild-farblaserdrucker-test-2024-mit-feinstaubmessungen-in-eigener-testkammer>

Verkehrspolitik

mobilogisch! 4/23 erschienen

In unserer Ausgabe 4/23 stellen wir den Bedeutungsplan vor. Wichtig und bedeutend! - Das Titel-Thema "Straßenbau" wird in zwei Beiträgen beleuchtet: Zum einen zeigen wir, wie das Bundesverkehrsministerium alle Versprechen für einen Straßenbaustopp torpediert. - Zum Anderen beschreibt der Beitrag „Wald statt Asphalt“ die Geschichte des Widerstands gegen die Stadtautobahnen in und um Frankfurt. - Seltsame Frage: Wie groß darf ein Fahrrad sein? Spoiler: Es geht nicht um den Abstand zwischen Sattel und Pedale. - Die bisherige Bilanz der Rad (und Fuß)verkehrsentscheide. - Neue Richtlinie zum Parken: Noch mehr Platz für Autos? - Recht haben: Neue StVO - Recht bekommen: Der Widerspruch. - Das Milieu bestimmt die Verkehrsmittelwahl. - Gehen als Menschenrecht. - Menschen shoppen am liebsten zu Fuß. - Eine neue Gangart in Hannover. - Und natürlich gibt es den Kritischen LiteraturDienst, Termine und den „Kotflügel“...

Quelle und weitere Informationen: <https://www.umkehr.de>, <https://www.mobilogisch.de/aktuell.html>

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 04 / 2023, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.01.2024. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminhinweise werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: udo.buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken. Wer den Newsletter nicht mehr beziehen möchte, kann ihn mit einer kurzen Email an udo.buchholz@bbu-bonn.de abbestellen.